

Wissenschaft und Politik

Das Jahresgutachten des volkswirtschaftlichen Sachverständigenrats steht, mittlerweile zum neunten Male, vor der Tür. Diesmal stieß allerdings die gewohnte Unpünktlichkeit seines Erscheinens auf den Verdacht der Manipulation durch die Regierung. Da der Sachverständigenrat die Aufgabe hat, Fehlentwicklungen aufzuzeigen — und Fehlentwicklungen ja auch vorhanden sind (Preisstabilität) — versprach sich die Opposition bei einer vorzeitigen Veröffentlichung — vor der Bundestagswahl — eine Unterstützung ihrer Argumente gegen die Regierung.

Schon hier zeigt sich, wie eng Wissenschaft und Politik zusammenhängen: Die Wissenschaft wird als Instrument in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner benutzt. Dabei kommt immer wieder eine „Koalition“ zwischen parlamentarischer Opposition und Wissenschaft zustande. Naive Politiker und Parlamentarier auf der Regierungsseite kommen dann leicht zu dem Vorwurf: Die Wissenschaft betreibe das Geschäft der Opposition. Die Erklärung für dieses Phänomen liegt aber woanders: Es sind immer wieder irgendwelche Fehlentwicklungen vorhanden. Insofern gibt es fast immer auch einen „systembedingten Gegensatz zwischen Regierung und Sachverständigenrat“, wie es einmal Prof. Bauer — selbst Mitglied des Sachverständigenrates — genannt hat.

Es wird ohne Zweifel Druck auf die Regierung ausgeübt, sich mit den Argumenten des Sachverständigenrates auseinanderzusetzen. Daraus erwächst die Furcht der Politiker, der Wissenschaftler könne den Politiker in seiner Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen. Zwei Zitate, die beide im Deutschen Bundestag gefallen sind, weisen darauf hin: „Wir lassen uns auch nicht durch den größeren Sachverstand von unserer politischen Richtung abbringen“, und man sei nicht bereit, „denen zu folgen, die fast den Eindruck erwecken wollen, als hätten wir es hier mit einer Art von Heiliger Schrift zu tun, die für uns absolut verbindlich sei“.

Wenn man diese Aussagen von Politikern richtig interpretiert, so sind ihre Bedenken nicht ganz unbegründet. Denn es gibt auch in der Wissenschaft keine absoluten, ewig geltenden Wahrheiten. Es kann durchaus vorkommen, daß es konkurrierende Theorien gibt, die auch verschiedene politische Handlungsalternativen beinhalten. Aber diese Auseinandersetzung kann nur auf der Ebene der Theorie stattfinden. Denn der Politiker geht ja bei gleicher wirtschaftspolitischer Zielsetzung augenscheinlich von einer gegensätzlichen Theorie aus, wenn er die Empfehlungen der Wissenschaft ablehnt.

Vorurteile geschaffen

Diese Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und Politik auf der Ebene der Theorie findet leider häufig nicht statt. Die Politiker machen im Gegensatz dazu etwas anderes: Sie behaupten einfach, daß die Empfehlungen der Wissenschaft „unrealistisch“ seien. Und damit haben sie in der Öffentlichkeit: schon halb gewonnen. Denn es gibt kaum ein Vorurteil, was sich so lange gehalten hat wie das, daß die Wissenschaft, die „Theoretiker“, weltfremd sind; im Gegensatz zu den „Praktikern“, die mit beiden Beinen im Leben stehen. Man bedenkt aber dabei nicht, daß auch der Praktiker, wenn er vernünftig handelt, die Konsequenzen seiner Handlungen im voraus bedenkt. Das heißt aber nichts anderes, als daß auch er von Theorien ausgeht. Und diese sind nicht unbedingt besser als die der sogenannten Theoretiker, meistens nur älter.

Deshalb kann die Wissenschaft nur mit Einschränkung den „Realismus“ der Politiker zum Datum nehmen. Denn was verbirgt sich hinter der „Realismusthese der Politiker“. Erstens

häufig nichts anderes als eine Diskrepanz zwischen den von ihnen letztlich angestrebten Zielen und den nach außen verkündeten Zielen. Zum zweiten die Rücksichtnahme auf bestimmte mächtige Interessengruppen, die aber andererseits ihren Entscheidungsspielraum einengen. Ein Beispiel mag dies verdeutlichen: Lange Zeit war es „unrealistisch“, den Wechselkurs der D-Mark floaten zu lassen — was die Wissenschaft immer wieder forderte —, weil mächtige Interessengruppen ihr Veto einlegten. Dann gab es auf einmal ein Floaten der D-Mark, es war also realistisch geworden. Heute ist Floaten aber wieder mit Blick auf die EWG-Vereinbarung „unrealistisch“, weil das Interesse an einer Integration Europas, was aber nicht gesagt wird, wohl größer ist als das Interesse an nationaler Geldwertstabilität - im übrigen ist es durchaus noch strittig, ob Floaten überhaupt ein Integrationshemmnis darstellt.

Im Gegensatz zur Wissenschaft (z.B. wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute) scheinen für Politiker dirigistische Lösungen wie der Paragraph 23 AWG „realistischer“ zu sein. Dem steht allerdings die Aussage der Wissenschaft gegenüber, daß solche Maßnahmen weder ziel- noch ordnungskonform sind: Eine für die Politiker sicherlich unangenehme Wahrheit.

Wege aufzeigen

Aber trotzdem müssen sie sich mit ihr auseinandersetzen. Schließlich ist die Wissenschaft nicht dazu da, Argumente der Politiker „wissenschaftlich“ zu untermauern, sondern ihnen zu zeigen, wie sie ihre Ziele erreichen können, bzw., was noch gewichtiger ist, ihnen zu sagen, unter welchen Bedingungen es unmöglich ist, die angestrebten Ziele zu realisieren. Die Politiker können nicht auf der einen Seite der Wissenschaft „Unrealismus“ vorwerfen, auf der anderen Seite aber die Wissenschaft dafür rügen, daß sie keine wirksamen Instrumente nennt. Wirksam sind nämlich erfahrungsgemäß Maßnahmen, bei denen man irgendwelchen Leuten auf die Füße tritt. Das sind aber wiederum für den Politiker anscheinend „unrealistische“ Maßnahmen.

Davon ausgehend wird es wohl immer diesen Konflikt zwischen Wissenschaft und Politik geben. Dieser Konflikt kann von seiten der Wissenschaft nicht gelöst werden.

Schließlich ist es die Aufgabe des Politikers, und nicht des Wissenschaftlers, die politischen Bedingungen für die Erreichung der Ziele zu schaffen. Gelingt dies nicht, so kann er der Wissenschaft daraus keinen Vorwurf machen. Die notwendigen Entscheidungen kann die Wissenschaft dem Politiker nicht abnehmen.

Man wird gespannt sein, wie unter diesem Aspekt das neue Gutachten des Sachverständigenrates, das zweifellos irgendwem auf die Füße tritt, bei den Politikern, bei den Interessengruppen und in der Öffentlichkeit aufgenommen wird.